
ENTTÄUSCHTE HOFFNUNGEN – VERGEBENE CHANCEN!

Rezension von: Scherf, H., Die
Wirtschaftspolitik der Sozial-
Liberalen Koalition 1969–1982, Kleine
Vandenhoeck-Reihe 1517,
Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen,
1986, 129 Seiten.

Zu den markantesten Symptomen der „Wende“ in der Bundesrepublik Deutschland zählt die Verurteilung der Wirtschaftspolitik der Sozial-Liberalen Koalition und die damit einhergehende bzw. sogar vorausgehende Verwerfung des Keynesianismus. Dieses Phänomen macht Harald Scherf, ein anerkannter, der Sozialdemokratie nahestehender Wirtschaftstheoretiker, zum Ausgangspunkt seiner Arbeit. Das Resultat – das sei gleich zu Beginn festgehalten – ist allerdings über weite Strecken eine Enttäuschung, und zwar aus zwei Gründen. Erstens schraubt der Autor in der Einleitung seines Buches die Erwartungen des Lesers zu hoch hinauf. Die angekündigte „... theoretische Analyse der Wirtschaftspolitik der Sozial-Liberalen Koalition und ihrer Begründungen auf der Basis des gegenwärtigen Standes der Wirtschaftstheorie“ (S. 7) bleibt Scherf jedoch weitgehend schuldig. Zweitens: Viele der Argumente und Urteile Scherfs und seiner Vorwürfe an die Sozial-Liberale Koalition sind, zumindest aus der Sicht des Rezensenten, überzogen oder schlichtweg falsch. Beispiele dafür folgen noch.

Das Buch gliedert sich, wenn man von der Einführung und dem Schlußkapitel absieht, im wesentlichen in drei Teile. Im ersten Teil (Kapitel 2–5) wird die Wirtschaftspolitik der SPD/

FDP-Regierungen chronologisch behandelt, von der Regierungserklärung Brandts im Jahre 1969 bis zum Bruch der Koalition 1982. Im zweiten Teil (Kapitel 6) werden die Hauptakteure der Sozial-Liberalen Wirtschaftspolitik, Karl Schiller und Helmut Schmidt, charakterisiert. Und im dritten Teil (Kapitel 7–10) werden einige ausgewählte Politikbereiche untersucht.

Scherfs Kommentare zur Brandtschen Regierungserklärung des Jahres 1969 machen deutlich, daß er nicht nur – wie schon aus dem Titel seines Buches hervorgeht – kritisch ist gegenüber der Praxis und den Ergebnissen der Sozial-Liberalen Wirtschaftspolitik, sondern bereits gegenüber den Absichten und Ansprüchen, mit denen die Koalition 1969 antrat. Der Hauptvorwurf Scherfs lautet: Die Regierung Brandt hat sich von einer Reformeuphorie mitreißen lassen, und zwar „ohne Blick auf die wirtschaftlichen und politischen Kräfte“ (S. 13), dafür aber mit umso mehr Illusionen über das Erreichbare. Soweit kann man Scherf u. U. noch folgen. Tatsächlich neigt die Sozialdemokratie, der in der ehemaligen Koalition dominierende Partner, generell, also nicht nur in Deutschland, dazu, die Steuerungsprobleme in hochkomplexen, mit dem Ausland eng verflochtenen Industriegesellschaften zu unterschätzen. Hinzu zufügen ist allerdings, daß diese Einstellung gerade Ende der sechziger Jahre weit über die Sozialdemokratie hinaus verbreitet war, wozu der Steuerungsoptimismus in den Sozialwissenschaften im allgemeinen und in der Ökonomie im besonderen einen nicht unwesentlichen Beitrag leistete. Nicht nachvollziehbar ist hingegen die Kritik Scherfs an der Grundtendenz des damaligen Sozial-Liberalen Regierungsprogramms, die er in dem Slogan „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ zu erkennen glaubt. Scherf dazu: „Dies war fast ein ... Staatsstreich, die Aufhebung

der vom parlamentarischen Rat in unserer Verfassung so fein ausgewogenen Verhältnisse zwischen legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt... Die Crux liegt dabei in dem schlichten und aggressiven ‚Mehr‘, in der nicht spezifizierten, nicht abgegrenzten Änderung, in der jetzt etablierten Dauerforderung, die dem Gleichgewicht, das die Verfassung anstrebt und festlegt, nun die Ungesicherheit, das Dauereperiment gegenüberstellt und für viele Jahre, vielleicht für immer der Bundesrepublik jede ‚Normalität‘ raubt“ (S. 14). Vielleicht ist jetzt klar, was weiter oben mit dem Vorwurf überzeugener, ja falscher Urteile gemeint war.

Im chronologischen Abschnitt unterscheidet der Autor drei Phasen: „Wirtschaftspolitik unter der Regie Karl Schillers“ (1969–1972), „Stabilisierungsversuche“ (1972–1980) und die Phase „hilfloser Wirtschaftspolitik“ (1980–1982). Die Darstellung ist allerdings eher verwirrend, die deutlich artikulierten Kritik wenig systematisch. Als „Kern“ bzw. „Hauptursache des Mißerfolgs“ oder auch als „eigentliche Problematik“ gelten hintereinander: die inflationäre Entwicklung (S. 25), die fehlende Koordination der geplanten Reformen (ebenfalls S. 25), die mangelnde Haushaltsdisziplin (S. 27) sowie schließlich „die Reformpolitik der Bundesregierung, die inneren Veränderungen in Gewerkschaften und SPD und die fundamentale Unterschätzung der Rolle der Erwartungen für den Wirtschaftskreislauf“ (ebenfalls S. 27). Aus diesen Bruchstücken ein konsistentes Bild zu zeichnen, gelingt Scherf allerdings nicht. Dafür findet der Leser auch in diesem Abschnitt wieder eine Reihe unangemessener, letztlich ärgerlicher Bemerkungen. Sicherlich wäre – darin ist Scherf zuzustimmen – eine energischere Inflationsbekämpfung und eine straffere Budgetpolitik in der ersten Hälfte der siebziger Jahre wünschenswert und wahrscheinlich auch möglich gewesen; aber rechtfertigt die

tatsächliche Entwicklung wirklich die Aussage, daß nach Brandts Rücktritt eigentlich ein Bankrott anzumelden war (S. 39). Weiters: Ist es fair, im Jahr 1986 der Regierung Schmidt vorzuwerfen, daß diese noch 1973 ein langfristiges Wachstumsziel von real 5 Prozent postulierte (S. 35, S. 57). Und selbst über das, auf die Parole des Wahlkampfes 1972 „Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit“ gemünzte, apodiktische Urteil, daß die Wirtschaftstheorie einen solchen trade-off damals schon verworfen hatte (S. 34), ließe sich noch streiten.

Überzeugender und für den Leser interessanter gelingt dem Autor der Abschnitt über Karl Schiller und Helmut Schmidt. Zwar muß man auch in diesem Fall die unausgewogene Meinung Scherfs nicht teilen, seine Glorifizierung des deutschen Professors Schiller („... er kannte und wollte die Solidarität der um die politische Macht kämpfenden Genossen nicht. Seine Solidarität ... galt der Sache, der vernünftigen Wirtschaftspolitik ...“, S. 66) und seine fast abstoßende Beschreibung Helmut Schmidts („Er führt nicht das Florett, sondern den Säbel oder schlimmer, den Hieber, er schlägt zu auf die vermeintlich oder tatsächlich Schwächeren ... Viele haben sich wohl manchmal gefragt, was das für eine mediokre Umgebung gewesen sein muß, in der ein solcher Mann dieses Superioritätsbewußtsein entwickeln konnte – hielt er sich ein Leben lang von überlegeneren Köpfen und Geistern fern?“, S. 69). Aber jedenfalls ist die „Methode“ Scherfs, seine sehr subjektiven, manchmal fast emotionalen Stellungnahmen, der Charakterisierung von Personen und ihrer Wirkung angemessener, als der Analyse wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Zusammenhänge.

Im dritten Teil befaßt sich Scherf mit einzelnen Politikbereichen – mit dem Bausektor, der Sozial- und Budgetpolitik und dem Arbeitsmarkt –, allerdings mit unterschiedlicher Qua-

lität. In vielen Punkten hat er, allen polemischen und verzerrenden Einschüben zum Trotz, zweifellos recht, wenngleich wenige Kritikpunkte wirklich neu sind. Beispiele dafür sind seine Ausführungen zu den starken, pro-zyklischen Schwankungen der öffentlichen Bauinvestitionen (S. 73 ff.), seine Bemerkungen zur weitgehenden Ausschaltung marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen in der Wohnungswirtschaft (S. 80 ff.), und seine Hinweise auf den oft sehr kurzen, Finanzierungsfragen außer acht lassenden Zeithorizont bei sozialpolitischen Entscheidungen (S. 88 ff.). Im großen und ganzen bewegt sich die Argumentation jedoch an der Oberfläche, bleibt die Analyse zu wenig abstrakt. So geht Scherf z. B. kaum, im Sinne der neueren Politischen Ökonomie, auf die wichtige Frage ein, in welchem Maße die von ihm diagnostizierten Fehlentwicklungen in entwickelten, westlichen Demokratien systemimmanent sind (also Folge der Anreizstruktur, der sich Politiker und politische Gruppierungen im Alltag gegenübersehen) und daher nicht nur den handelnden Personen und Parteien angelastet werden dürfen. Auch die grundsätzlichen Schwierigkeiten einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik bzw. Politik überhaupt werden nicht oder nur am Rande erwähnt. Etwa – worauf Habermas erst kürzlich hingewiesen hat – die starke Beanspruchung von Macht, d. h. von Regulierungen und Bürokratien bei der Realisierung so-

zialstaatlicher Politik; oder die Eigendynamik des öffentlichen Sektors; oder die Beeinflussung der Ressourcenallokation bei prinzipieller Beibehaltung privatwirtschaftlicher Entscheidungsstrukturen. Wenn in den siebziger Jahren nur die geeigneten Personen, und zwar möglichst keine Partei- und Interessenpolitiker, zum Zuge gekommen wären – diesen Eindruck vermittelt die Argumentation Scherfs vielfach –, dann wäre die Wirtschaftspolitik erfolgreicher verlaufen. Eine solche Position, trägt allerdings weder dazu bei, daß „die Wirtschaftsentwicklung zwischen 1969 und 1982 ‚verstanden‘ werden kann“, noch lassen sich aus ihr „Schlüsse und Entschlüsse für eine künftige Wirtschaftspolitik“ ableiten, wie sich das der Autor in seiner Einführung (S.7) wünscht.

Insgesamt trägt das Buch eher den Charakter einer Polemik oder eines Pamphlets als den einer wirtschaftswissenschaftlichen Abhandlung. Dies ist an sich nichts Ehrenrühiges, wenngleich sich die Frage stellt, ob dies nach fast einem halben Jahrzehnt und aus der Perspektive des Wirtschaftstheoretikers die geeignete Form zur Behandlung des gewählten Themas ist. Sicherlich erfüllt die Arbeit jedoch nicht die Ansprüche ihres Autors, denn sie ist atheoretisch und vermittelt kaum verallgemeinerbare Einsichten. Ihr Titel ist daher auch auf sie selbst anzuwenden: „Enttäuschte Hoffnungen – vergebene Chancen“.

Peter Szopo